

Seit den 90er-Jahren existiert ein asymmetrisches Fünf-Parteien-System durch die Etablierung der PDS. Erst seit der Bundestagswahl von 2005 kann man faktisch von einem „fluiden“ Fünf-Parteien-System sprechen. Denn weder die Grünen noch die PDS waren von 1990 bis 2005 im Bundestag unabhängig voneinander für die rechnerische Bildung einer minimalen Gewinnkoalition relevant. Das hat sich mit der Bundestagswahl 2005 geändert, was zum Regierungstyp einer Großen Koalition führte. Wer nicht nur rechnerische Mehrheiten, sondern belastbare politische Mehrheiten sucht, muss sich zukünftig auf dem Koalitionsmarkt auf Braut- beziehungsweise Bräutigamschau begeben. Die Grünen sind dabei in einer komfortablen Sandwich-Lage. Sie sind die zukünftigen Kanzlermacher. Sie sind zum strategischen Scharnier einer Parteienordnung geworden, die zwei sogenannte bürgerliche (Union und FDP), zwei linke Parteien (SPD/Linke) und eine grüne Mitte vorweist.

## Lagermentalitäten schwinden

Die Bundesrepublik ist seit 2005 politisch nicht roter, sondern bunter und vielgestaltiger geworden. Nur oberflächlich und wahlkampfaktisch erleben wir den Versuch einer Vitalisierung der alten Lagermobilisierung. Das sind Mobilisierungsversuche der etablierten Politik, die auf wachsende Ablehnung bei den Bürgern stößt. Sie können schon lange keine Unterschiede mehr in der Lösungskompetenz zwischen den Volksparteien er-

kennen. Zudem hat die Warnung vor einer rot-roten Volksfront längst an Überzeugungskraft verloren. Kulturkämpferische Töne auf Kosten von Minderheiten, zuletzt von Ministerpräsident Koch beim hessischen Schlusswahlkampf als Selbstradikalisierung vorgetragen, haben die Union die Mehrheit gekostet.

Mit dem Einzug der Linken in westdeutsche Landtage nach 2005 und unter dem Druck der „hessischen Verhältnisse“ versucht die SPD, die Multikoalitionsfähigkeit wiederherzustellen. Rot-rote Bündnisse sind auch im Westen zukünftig möglich und im Moment nur noch ausdrücklich für die kommende Bundestagswahl 2009 ausgeschlossen. Insofern hat das fluide Fünf-Parteien-System auch eine neue zusätzliche Qualität. Denn die Beziehungsmuster der Parteien sind durch die Tabuisierung der rot-roten Variante auf Bundesebene in einer Sonderstellung. Langfristige Machtfragen hängen an der Tabuisierung oder Enttabuisierung der Kontaktsperre zwischen SPD und Linken.

Im Bund und in den Ländern koalierte die Union seit den 90er-Jahren hingegen eingeschränkt nur mit der FDP (und einmal mit der Schill-Partei in Hamburg) oder in den Großen Koalitionen mit der SPD. Durch die schwarz-grüne Landesregierung in Hamburg kann die Union zukünftig auch ihre Mehrheitsoptionen strategisch deutlich verbessern. Sie hätte damit immer noch zahlenmäßig weniger potenzielle Bündnispartner als die SPD, aber neue Formeln zur Macht geprägt.

Bunte Zweier- und Dreierkoalitionen – von Jamaika (Schwarz-Gelb-Grün) bis Rot-Rot-Grün – sind unter den Bedingungen von Vielparteienparlamenten und zeitgleich immer kleiner werdenden Volksparteien die Zukunft.

Dahinter verbirgt sich ein tief greifender Strukturwandel des deutschen Parteiensystems. Vielparteienparlamente können zwar noch wie in Hamburg (Schwarz-Grün), Hannover (Schwarz-Gelb) oder Bremen (Rot-Grün) zu Zweierkoalitionen führen, aber weniger verlässlich als zu früheren Zeiten. Sogenannte Lager- oder Traditionskoalitionen werden durch neue Varianten zur Regierungsbildung ersetzt: neue parteipolitische Zusammensetzungen (zum Beispiel Schwarz-Grün), neue Regierungsbeziehungsweise Koalitionstypen (zum Beispiel Große Koalitionen), neue Regierungsformate (zum Beispiel Minderheitsregierungen wie in Hessen).

Es sind also nicht nur Zahlen, die sich verändern, sondern, damit einhergehend, auch politische Gewichte, die sich verlagern. Politische Arithmetik besteht nicht in der Addition von Wählerstimmen – wie bei Zufallsmehrheiten –, sondern in der Regel in der Kombinierbarkeit politischer Absichten. Das deutsche Parteiensystem wird durch diese Unübersichtlichkeit europäischer.

### **Die Renaissance des Sozialen: Sicherheitskonservatismus**

Der Parteivorsitzende Beck wollte bereits auf dem Hamburger Parteitag 2007 seine SPD deutlicher „mitfühlend links“ verorten. Ein sogenannter gefühlter Linkstrend durchweht alle Parteien seit der letzten Bundestagswahl. Daher auch der ständige Vorwurf der SPD gegenüber der Union, dass sie chinesenhaft sozialdemokratische Politikvorstellungen raubkopiere. Doch der Linkstrend lässt sich nicht mehr traditionell als Wunsch nach mehr Gleichheit, neuer Umverteilung,

mehr Emanzipation oder dem Ausbau des Sozialstaats einordnen. Links zielt heute in Zeiten der alltagspraktisch erlebten Globalisierung mehrheitlich auf linkskonservative Motive: die Faszination von staatlicher Verlässlichkeit (gegen weitere Deregulierung und Privatisierung), die Renaissance des Sozialen als Antwort auf elementare Gerechtigkeitsfragen und das Primat der Politik gegen die Herrschaft des Ökonomischen über alle Lebensbereiche. Hinter dieser Themenvielfalt steckt eher Sicherheitskonservatismus als Befreiungsrhetorik linker Ideologien. Alle Parteien haben sich nach der Bundestagswahl in teils dramatischer Abkehr von den alten Wahlprogrammen diesen neuen Mobilisierungsthemen zugewandt. Seit Hamburg auch die SPD. Auch das ist ein weiteres Indiz für die Konvergenz zur Mitte hin. Das Bemühen um die Mitte macht die Rechte und die Linke einander immer ähnlicher.

### **Das Verschwinden der Mitte**

Paradoxerweise erkennen die Wahlbürger allerdings in den ehemals großen Volksparteien immer weniger mittezentrierte Angebote. Die Volksparteien sind schon lange keine Massenintegrationsparteien mehr. Sie sind gesellschaftlich entwurzelt. Folgerichtig agieren sie wie professionelle Wählerparteien auf einem immer komplexer werdenden Wählermarkt. Der Mitgliederschwund und die altersmäßige Zusammensetzung machen sie zu Vorruhestandsorganisationen, die mit ihrer unideologischen Marktorientierung immer cliquenhafter geworden sind: Sprachregelungsparteien. Die Große Koalition als Allianz von arg geschwächten Volksparteien verstärkt diesen Trend. Doch zur neuen Qualität des Unmuts über die Parteien gehört nicht der generelle Niedergang von Volksparteien und deren prekärer Binnenorganisation, sondern der Befund, dass Volksparteien immer weniger in der Lage sind, repräsentativ agieren

zu können und thematische Konflikte zu bündeln. Wer gesellschaftlich nicht mehr verankert ist, wer in der Wahrnehmung der Bürger nicht die politische Mitte besetzt, der ist auch wie im Windkanal risikofähig.

Generell funktionieren Volksparteien wie Konsensmaschinen. Sie haben Moderatorenfunktion in der Demokratie. Interessenunterschiede werden zur gemeinwohlorientierten Problemlösung in bestimmte Richtungen gebündelt – stellvertretend für plurale Meinungsvielfalt in der Gesellschaft. Verliert die Konsensmaschine an Kraft, fehlen der Politik Stabilität und Berechenbarkeit. Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Parteiendemokratie. Für die demokratische Willensbildung sind Parteien unverzichtbar, für den Wahlakt unersetzbar, für die Regierungspraxis essenziell. Volksparteien sind die fortschrittlichste Organisationsform politischer Willensbildung in einer Demokratie. Wenn gemeinwohlorientierte Volksparteien – gerade in Abgrenzung zu klientelbezogenen Interessenparteien – an Attraktivität verlieren, muss sich zwangsläufig die Qualität einer Demokratie ändern.

### Verlust der politischen Heimat

Volksparteien sind immer auf der Suche nach dem Heiligen Gral der Mitte. In der Mitte der Gesellschaft sind die meisten Wähler für die Volksparteien zu finden. Trotz wachsender Abstiegsängste der Mitte ist das Gros der statistischen Mittelschicht gewinnbar für Volksparteien. Doch bei der letzten Bundestagswahl wählten nur noch rund siebenzig Prozent der Wähler die beiden großen Volksparteien CDU/CSU und SPD. Die Zahl erscheint zwar hoch, doch vor zwanzig Jahren gruppieren sich die Wähler noch zu neunzig Prozent um diese Parteien. Viele Bürger fühlen sich mit der persönlichen Mitte-Orientierung nicht mehr bei den Volksparteien beheimatet. Die Ergeb-

nisse aller Wahlen seit 2005 zeigen die eindeutige Entwicklung einer immer stärker werdenden Abkehr vieler Wahlbürger von den etablierten Parteien der Mitte. Sie haben damit auch die Definitionshoheit, die Mehrheiten absichert, verloren.

Wenn somit die Volksparteiendemokratie erodiert, stellt sich die Frage nach der politischen Repräsentation der Mitte. Mit der „Agenda 2010“ hat sich die SPD vom klassischen Modell des deutschen Wohlfahrtsstaates abgekehrt. Die SPD hat seither keinen erkennbar profilierten Platz mehr auf der wohlfahrtsstaatlichen Konfliktlinie. Um den Wohlfahrtsstaat zukunftsfest zu machen, sah die damalige rot-grüne Regierung keine Alternative. Entstanden ist so eine signifikante Repräsentationslücke in der deutschen Wählerschaft. Die Linkspartei profitierte extrem von diesem Wählerpotenzial. Die derzeitige Identitätskrise und innere Spaltung der SPD rühren aktuell an dieser zentralen Frage, der Modernisierungsstrategie von Wohlfahrtsstaaten. Die Union trat bislang als Globalisierungsbefürworter auf – was sich unter dem wachsenden Druck einer Renaissance des Sozialen wandelt. Die Union hatte die politische Mitte mit dem Leipziger Parteitag kurzzeitig verlassen. Wirtschaftsflügel und Sozialflügel streiten, aber weitaus leiser, anspruchsloser und disziplinierter als die Flügel in der SPD. Die Union ist weniger eine Programmpartei, eher eine Gefühlsgemeinschaft mit immerwährendem Regierungsauftrag. Insofern hat die Auseinandersetzung um die wohlfahrtsstaatliche Konfliktlinie (kein Konflikt mehr zwischen den alten Lagern, sondern vor allem innerhalb der Lager zwischen Modernisierern und Traditionalisten) keine existenzielle Sprengkraft innerhalb der Union.

Aber auch die andere prägende Konfliktlinie des deutschen Parteiensystems ist verunklart. Die sogenannte weiche,

kulturelle Konfliktdimension adressiert libertäre, auf individuelle Selbstverwirklichung ausgerichtete Positionen und eher autoritäre, auf traditionelle Ordnungsvorstellungen abzielende Einstellungen. Die Union bietet in dieser Konfliktdimension schon lange keine Ankerpunkte mehr für traditionelle Wähler. Sie hat sich selber säkularisiert in der Familienpolitik, beim Embryonenschutz, bei der persönlichen Lebensführung. In der Gesellschaftspolitik hat sich das Zielbild der Union schleichend beiläufig verändert. Eine leise Revolution – „sanfter Konservatismus“ – mit ganz neuem Ton in der Integrationspolitik, in der Aufwertung von Klima- und Umweltpolitik ist messbar. Das ist keine Sozialdemokratisierung und kein Linksrutsch der Union, sondern eher eine Veränderung bisheriger Prioritäten. Doch die Spannungslinien zwischen den klassischen Stammwählern der Union und einer auf Mobilität und Urbanität ausgerichteten Wählerschaft des modernen Bürgertums sind evident. Ebenso wie im Bereich der wohlfahrtsstaatlichen Konfliktachse zeichnet sich auch bei der kulturellen Konfliktdimension eine Repräsentationslücke in der politischen Mitte ab. Parteipolitisch ist somit in der Konsequenz die politische Mitte relativ heimatlos geworden. Wenn sie überhaupt noch wählt, dann taktisch und extrem nutzenorientiert.

### Lähmende Koalitionen

Die Große Koalition ist auf Bundesebene ein neues Phänomen – der zweite Versuch nach 1966. Auch in den Ländern häufen sich mittlerweile wieder diese Sonderformen des Regierens. Große Koalitionen führen unweigerlich zum Ausfransen an den politischen Rändern; sie schwächen die Großen und stärken die Kleinen. Der Erfolg der Linken und Teilerfolge auf Landes- und kommunaler Ebene für die Rechten belegen diese Regel einmal mehr. Da sich die Lagermentalitä-

ten abschleifen, ist auch keine Gewinnssituation durch Verluste im anderen Lager mehr erkennbar. Das dramatische Abstiegsszenario der SPD – in der Wahrnehmung der Wähler – korrespondiert keineswegs mit einer Zunahme in der Wählergunst für die Union.

Große Koalitionen lähmen durch Konsensfiktionen den Parteienwettbewerb insgesamt. Wie ein Beruhigungsmittel agieren beide Koalitionspartner, um mit minimalen Schritten Kompromisse herzustellen: ein Stillhalteabkommen über politischen Minenfeldern. Sie langweilen das Publikum. Koalitionen des Zufalls sind Koalitionen von Zögerlichkeiten. Scharfe Auseinandersetzungen bleiben aus. Der Ideenwettstreit um Policies und Konzepte wird vertagt. Selbstblockaden entstehen daraus, dass Große Koalitionen kein inhaltliches, gestalterisches Mandat für Veränderungen vom Wähler erhalten. Sie entstehen aufgrund von rechnerischer, nicht politischer Notwendigkeit. Wenn sie Erfolg haben wollen, müssen beide Partner systematisch ihre eigenen Wähler verunsichern. Das spüren die Parteien und arbeiten deshalb lieber wie eine gute Verwaltung zusammen: Fehlervermeidung als Prämisse und Konturlosigkeit als Arbeitsprogramm. Insgesamt breitet sich so ein Ende von Eindeutigkeiten im Schatten der Großen Koalitionen vorhersehbar aus. Konturen und Kanten der Volksparteien verschwinden. So entsteht ein „Irgendwo im Nirgendwo“. Selbst die Ränder sind in den beiden Volksparteien „weich gespült“.

### Zunehmende Politikverachtung

Ein Vertrauen der Bürger gegenüber der Lösungskompetenz der Politik existiert nicht mehr. Das ist mehr als traditionelle Politikverdrossenheit. Die Bürger verachten mittlerweile ihre jeweiligen öffentlichen Repräsentanten. Politik erscheint nicht mehr als kompetent. Zeitgleich ist

auch die Welt des Geldes in Aufruhr. Wirtschaftsverdrossenheit ergänzt mittlerweile die Politikverdrossenheit. Bei fehlender Loyalität zum politischen System bleibt auch die Legitimität langfristig auf der Strecke. Wie leistungsfähig ist noch diese Demokratie, wenn die Legitimität von politischen Entscheidungen allmählich angezweifelt wird? Demokratiezufriedenheit als wichtiger Teil einer politischen Kultur ist ein zentraler Bedingungsfaktor für stabile Demokratien. Ein demokratisches System setzt eine konsistente politische Kultur voraus. Die politische Kulturforschung kann präzise nachweisen, dass nicht nur ein institutionelles Arrangement und ein Eliten-Konsens als Stabilitätsreserve für Demokratien ausreichen, sondern auch konkrete Unterstützungsleistungen der Bürger notwendig sind. Die politische Kultur in Deutschland war immer schon extrem outputorientiert. Die Große Koalition hat

zwar Handlungsfähigkeit in der Gesetzgebung gezeigt, doch werden die Ergebnisse eher als staatliche Selbstkorrektur und Leistungsdiät wahrgenommen. Es ist nicht gelungen, die Bürger mit der Politik zu versöhnen. Zweifel haben stetig zugenommen, ob es in unserer Gesellschaft fair und gerecht zugeht. Bei Informatisierung, Entparlamentarisierung und föderativen Aushandlungszwängen der politischen Entscheidungen bleibt die Sichtbarkeit von „gutem Regieren“ (als Output-Leistung) auf der Strecke. Politik wird unter diesen Umständen nicht als Kampf um Problemlösungen wahrgenommen, sondern als reine Machttaktik.

All diese Strukturmerkmale verändern in der Summe die bisherige Qualität unserer Demokratie. Die Bundesrepublik Deutschland steht vor einer neuen formativen Phase. Eine Parteiendemokratie ohne Volksparteien der Mitte deutet sich an.

Decker, Frank (2007): Parteiendemokratie im Wandel, in: Ders./Viola Neu (Hrsg.): *Handbuch der deutschen Parteien*, Wiesbaden, S. 19–61.

Gosewinkel, Dieter/Schuppert, Gunnar Folke (2008): Auf der Suche nach den Konturen eines schillernden Begriffs, in: Dies. (Hrsg.), *Politische Kultur im Wandel von Staatlichkeit*, WZB Jahrbuch 2007, Berlin, S. 11–40.

Korte, Karl-Rudolf (2005): *Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland*, 5. Aufl., Bonn.

Korte, Karl-Rudolf/Fröhlich, Manuel (2006): *Politik und Regieren in Deutschland*, 2. Aufl., Paderborn u.a.

Jun, Uwe/Haas, Melanie/Niedermayer, Oskar (Hrsg.) (2008): *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*, Wiesbaden.

Niedermayer, Oskar (2007): *Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems*, in: Decker, Frank/Viola Neu (Hrsg.): *Handbuch der deutschen Parteien*, Wiesbaden, S. 114–138.

Schuppert, Gunnar Folke (2008): *Politische Kultur*, Baden-Baden.

## Die Septemбераusgabe der *Politischen Meinung*

wird sich in ihrem Schwerpunkt dem Thema **Energiapolitik** zuwenden.

Unter anderem werden Beiträge von

Silke Linneweber, Norbert Walter, Michael Rutz,

Frank Umbach, Stefan Deges und Günter Barudio erscheinen.